



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 26.03.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.























































Inhaltsverzeichnis

Landtagssitzung 26. März 2026

Abstimmungsergebnis.....	3
TAGESORDUNGSPUNKTE:	
<i>TO-Punkt 1: Mitteilungen</i>	4
TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Gesundheitsplan 2040+ auf den Prüfstand	4
TO-Punkt 4: Antrag gemäß §34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Keyl und Krumböck, BA betreffend Ersatzverkehrskonzept für die Dauer der Stammstreckensperre.....	9
TO-Punkt 5: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes 2017 (NÖ ADG 2017)	10
TO-Punkt 6: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (NÖ LVGG)	10
TO-Punkt 7: Antrag betreffend stärkerer Schutz von Eigentum und Hausrecht – Schaffung zeitgemäßer strafrechtlicher Rahmenbedingungen, um Schutzlücken zu schließen	11
TO-Punkt 8: Antrag betreffend Gewährleistung einer werthaltigen, abgesicherten Bundesfinanzierung von Fachhochschulen	12
TO-Punkt 9: Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend Energiegemeinschaften weiter ausbauen und forcieren	16
TO-Punkt 10: Antrag betreffend Energie speichern statt Netze überlasten = Landeszuschuss für Photovoltaik mit Speicher.....	16
TO-Punkt 11: Antrag betreffend Modernisierung des Jugendarbeitsrechts – Beseitigung standortschädlicher Fehlanreize	17
TO-Punkt 12: Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend nachhaltige Weiterentwicklung der Ausbildungsstellen für klinische Psychologie	20
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN	22

Landtagssitzung 26. März 2026

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
3	Vorlage der Landesregierung betreffend Donaubrücke Stein-Mautern					
4	Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend Ersatzverkehrskonzept für die Dauer der Stammstreckensperre					
4a	Zusatzantrag Neos betreffend Entlastung der Pendler*innen in NÖ					
5	Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes 2017 (NÖ ADG 2017)					
6	Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (NÖ LVGG)					
7	Antrag betreffend stärkerer Schutz von Eigentum und Hausrecht – Schaffung zeitgemäßer strafrechtlicher Rahmenbedingungen, um Schutzlücken zu schließen					
8	Antrag betreffend Gewährleistung einer werthaltigen, abgesicherten Bundesfinanzierung von Fachhochschulen					
9	Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend Energiegemeinschaften weiter ausbauen und forcieren					
10	Negativer Ausschussantrag betreffend Energie speichern statt Netze überlasten = Landeszusatz für Photovoltaik mit Speicher					
11	Antrag betreffend Modernisierung des Jugendarbeitsrechts – Beseitigung standortschädlicher Fehlanreize					
12	Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend nachhaltige Weiterentwicklung der Ausbildungsstellen für klinische Psychologie					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des Einlaufs (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen

- **Anfrage** betreffend fehlendes Angebot und weitere Ausdünnung spezialisierter Betreuungsangebote für Kinder im Autismus-Spektrum in Niederösterreich, Ltg.-929/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-929>
- **Anfrage** betreffend fehlendes Angebot und weitere Ausdünnung spezialisierter Betreuungsangebote für Kinder im Autismus-Spektrum in Niederösterreich, Ltg.-931/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-931>
- **Anfrage** betreffend Genehmigung der Triestingtal Rallye 2026, Ltg.-933/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-933>
- **Anfrage** betreffend Genehmigung der Triestingtal Rallye 2026, Ltg.-934/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-934>

Anfragebeantwortungen

- **Anfragebeantwortung** betreffend Sekundärtransporte Rettungsdienst, Ltg.-883/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-883>
- **Anfragebeantwortung** betreffend Verkehrsbelastung an der B34, Ltg.-889/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-889>
- **Anfragebeantwortung** betreffend Verspätungen und Zugausfälle in der Ostregion, Ltg.-890/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-890>
- **Anfragebeantwortung** betreffend Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Böden, Ltg.-900/XX-2026 <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-900>

TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend Gesundheitsplan 2040+ auf den Prüfstand

Abg. Silvia Moser/Grüne blickt auf die Präsentation des Gesundheitsplans 2040+ vor einem Jahr zurück und kritisiert, dass damals Medien, Bevölkerung und LGA-Mitarbeiter*innen gleichzeitig erfuhren, wie es mit der Gesundheitsversorgung in NÖ weitergehen solle. Selbst die direkt Betroffenen hätten davor nichts gewusst. Am 27.03.2025 sei dieser Gesundheitsplan mit den Stimmen von VP, FP, SP und Neos beschlossen worden. Ihre Fraktion

habe nicht zugestimmt. Seit damals sei viel passiert.

LR Schleritzko/VP sei im September 2025 zurückgetreten, *LR Kasser/VP* habe von ihm die Krankenhausagenden übernommen, der Druck der Bevölkerung sei groß gewesen, worauf Informationsveranstaltungen stattgefunden hätten. Die Leistungen im Landeskrankenhaus Gmünd würden sukzessive heruntergefahren und die Gemeinde prüfe wegen der Standortgarantie eine Klage gegen das Land NÖ.

Es gebe weiters große Probleme bei den Sekundärtransporten, es würden Bürger*-innen-Initiativen gegründet und vernetzen sich. Die

Menschen in peripheren Regionen seien besorgt bezüglich ihrer Akutversorgung. Schließlich sei der [Regionale Gesundheitsplan – der Strukturplan Gesundheit](#) – beschlossen worden und mit 01.01.2026 in Kraft getreten.

Den Menschen sei jedoch in Landesteilen, in denen ganze Landeskliniken bzw. Abteilungen geschlossen und Notarztstützpunkte aufgelassen würden, nicht die Sicherheit gegeben worden, im Ernstfall bestmöglich versorgt zu werden. Deshalb seien dort die Proteste besonders groß.

Die Grünen hätten die „Aktuelle Stunde“ beantragt, weil es noch viel zu diskutieren gebe. Abg. Moser meint, das Ziel ihrer Fraktion sei keine parteipolitische Auseinandersetzung, wie ihnen gerne von anderen LT-Kolleg*innen unterstellt würde, sondern, dass auch im Jahr 2040 Notfallhilfe für alle Niederösterreicher*innen gesichert sei.

Der Gesundheitsplan sei beschlossen worden, obwohl vieles noch mehr als vage gewesen sei. Ihrer Fraktion sei bewusst gewesen, dass nicht alles punktgenau geplant werden könne. Deshalb hätten die Grünen den weiteren Planungen und den finanziellen Mitteln ihre Zustimmung gegeben. Dem Plan selbst hätten sie nicht zugestimmt, weil ihnen ein verbindlicher, transparenter Zeit- und Umsetzungsplan gefehlt habe, den es bis dato nicht gebe. Es sei im Wesentlichen nur bekannt, wann das Auskomme, z.B. für das Landeskrankenhaus Gmünd oder das Medizinische Zentrum Gänserndorf spätestens 2030, für die elf Notarztstützpunkte angeblich 2027. Es bleibe offen, wie diese Strukturen und Leistungen ersetzt werden sollten.

Und die Abgeordnete illustriert ihre Aussagen anhand von drei Beispielen:

◆ **LKH Gmünd:** es sei erst vor zwei Tagen die „**NÖ Gesundheitsklinik Gmünd**“ präsentiert worden. Die Notfall- und Erstversorgung sowie das ambulante OP-Zentrum sollten durch die LGA und ÖGK getragen werden. Die übrigen Leistungen würden unter den Begriffen „Primärversorgungszentrum/PVZ“ und

„Niedergelassene fachärztliche Versorgung“ zusammengefasst.

Abg. Moser betont, dass sie solch ein Gesundheitszentrum begrüße, wenn viele Leistungen an einem Ort verfügbar seien, doch die Details seien noch immer offen.

Neben der Gesundheitsklinik solle auch das grenzüberschreitende Gesundheitszentrum [„Healthacross“](#) bestehen bleiben. Die Abgeordnete frage sich, wie realistisch es sei, dass neben den Ärzt*innen im Healthacross die gleichen Fachrichtungen in der neuen Gesundheitsklinik angeboten werden sollen, im „Regionalen Strukturplan Gesundheit“ jedoch keine zusätzlichen Kassenstellen vorgesehen seien. Sie frage sich, ob es sich um Wahlärzt*innen handle und erwähnt weiters, dass die EU-Förderungen für Healthacross 2028 auslaufen würden.

Abg. Moser hält fest, sie erkenne keinerlei Aktivitäten, um solche Systeme aufzubauen.

Im Plan sei auch von einem niederösterreichischen krankenhausbasierten Notarztsystem die Rede, das sich durch einen gezielten abgestuften Einsatz bestehender und neuer Berufsbilder, z.B. diplomierter Notfallsanitäter auszeichne. Sie erwähnt weiters, dass es diese Ausbildung noch gar nicht gebe.

◆ **Notarztstützpunkte:** der Gesundheitsplan sieht die Schließung von elf Notarztstützpunkten vor und beschreibt gleichzeitig, dass zur Absicherung einer raschen Behandlungskette genügend personelle Kapazitäten aufzubauen seien. Die Abgeordnete habe aber bislang noch keine Auskunft darüber erhalten, wie diese im Detail gedacht seien – Anzahl, Qualifikation, Verteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Weiters sei von *„wohnortnahen, flächendeckenden [First Responder-Systemen](#) und vom Ausbau und vermehrtem Einsatz der [Community Nurses](#)“* die Rede.

Weiters zitiert Abg. Moser aus dem Gesundheitsplan, dass sich *„ein NÖ-weites, krankenhausbasiertes Notarztsystem durch den gezielten abgestuften Einsatz bestehender und neuer Berufsbilder, z.B. diplomierter Notfallsanitäter“*

auszeichne. Diese Ausbildung gebe es aber hier nicht. Sie hält fest, dass in Waidhofen/Ybbs der Notarztdienst gerade wieder vom Roten Kreuz übernommen werde, anstatt – wie von den Grünen beantragt – wieder an die Kliniken angebunden zu werden. Es sei also alles sehr verwirrend.

◆ **Medizinisches Gesundheitszentrum Gänserndorf:** dort gebe es neben diversen Fachbereichen eine 24/7 Anlaufstelle, eine allgemeinmedizinische Notfallambulanz. Diese solle jetzt in einem der bevölkerungsreichsten Bezirke NÖs ersatzlos gestrichen werden, obwohl diese Region keine andere Erst- und Akutversorgung habe. Dies sei völlig verantwortungslos.

Ihre Fraktion habe daher auch diesbezüglich einen Antrag eingebracht. Das geplante Primärversorgungszentrum in Gänserndorf müsse, analog zu Gmünd und Hollabrunn, in Kombination mit einer 24/7-Unfall- und Akutversorgung errichtet werden.

Und die Abgeordnete schließt nochmals mit den Worten, es müsse der Bevölkerung jederzeit für Notfälle die Sicherheit für eine bestmögliche Versorgung vermittelt werden. Dies sei der Landesregierung mit dem bisherigen Gesundheitsplan besonders in ländlichen Regionen noch nicht gelungen. Deshalb solle der Gesundheitsplan auf den Prüfstand gestellt werden. Ihre Fraktion erwarte Antworten, konkrete Zeitpläne und verbindliche Zusagen in allen betroffenen Regionen.

Abg. Edith Kollermann/Neos hält fest, dass das nö. Gesundheitssystem seit Jahren strukturelle Probleme aufweise, wie lange Wartezeiten, fehlende Fachärzt*innen, ineffiziente Spitalstrukturen, hohe Kosten bei nicht ausreichender Versorgung. Deshalb habe die Landesregierung Expert*innen beauftragt, diese Probleme zu analysieren und Lösungen zu finden. Sie verstehe zwar die von **Abg. Moser** vorgetragene Sorgen, aber wirft den Grünen Inszenierung und Instrumentalisierung der geäußerten Sorgen vor und kritisiert, dass sie sich nicht bei der Erstellung des Gesundheitsplans eingebracht

hätten, sondern Frontalopposition betreiben würden. Die Grünen würden auch jene Fachkräfte diskreditieren, die diesen Plan mit großem Engagement erarbeitet haben. Das sei unfair und unwürdig. Die Menschen in NÖ würden keine Empörung aus dem Plenarsaal brauchen, sondern Termine bei Haus- oder Facharzt, funktionierende Spitäler und eine Politik, die Probleme löse und sie nicht inszeniere. Es gehe nicht um Ideologie, sondern um Versorgungssicherheit, die auch in Zukunft noch leistbar sei. Qualität brauche Spezialisierung und ausreichende Fallzahlen.

Die Forderung der Grünen nach besserer Kommunikation würden die Neos allerdings teilen. Schlechte Kommunikation schaffe Unsicherheit, die der Nährboden für Angstmacherei sei. **Abg. Kollermann** erinnert nochmals an die Gründe für eine notwendige Reform, wie z.B. den demographischen Wandel und die deutlich alternde Bevölkerung mit einer hohen Zahl an Hochbetagten oder den Fachkräftemangel. Notwendig seien daher Spezialisierung, [Ambulantisierung](#), Digitalisierung und Prävention. Es müsse daher Kommunikation an den Orten passieren, an denen Veränderungen geplant seien. Die Abgeordnete trägt schließlich einige Vorschläge an die Landesregierung heran, wie z.B. die Gesundheitsagenden in ein Ressort zu legen oder mehr Transparenz durch einen öffentlich einsehbaren Umsetzungsmonitor. Transparenz schaffe Vertrauen, Vertrauen schaffe Akzeptanz und Akzeptanz schaffe Stabilität. Das würde für die Menschen in NÖ gebraucht. Der Gesundheitsplan 2040+ müsse zum Erfolgsprojekt und dürfe nicht zum Spaltpilz werden. Auf dem Weg dahin werde man nachschärfen müssen, aber das Ziel sei klar – ein Gesundheitssystem, das effizient und menschlich ist, digital und zugänglich, regional und qualitativ hochwertig.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne anerkennt die Leistungen von Mitarbeiter*innen des Gesundheitssystems, von Ärzt*innen und Pfleger*innen und geht dann auf die notwendige

Transformationen ein. Sie kritisiert, dass die Gesundheits- und Pflegeagenden auf vier Regierungsmitglieder verteilt sind (Video 3:35) und jede Fraktion für einen Teil zuständig sei: SP für niedergelassene Ärzt*innen und Notarzbereich, FP für „Drehscheibe NÖGUS“, die VP habe im Rahmen dieses großen Gesundheitsplans bereits einen Finanzlandesrat verloren und auch den Vorstand der großen Landesgesundheitsagentur ([Anm. #zH: seit 1.3.2025 gibt es ein neues LGA-Vorstands-team](#)).

Die Abgeordnete empört sich über die FP, die sich erdreiste in Gmünd zu plakatieren, sie seien für den Erhalt des Landesklinikums Gmünd, obwohl sie dem Gesundheitsplan, der eine Schließung des Spitals vorsieht, zugestimmt hatte. Diese Doppelbödigkeit einer Regierungspartei sei scharf zurückzuweisen. Und die SP müsse der Bevölkerung die geplante Schließung von elf Notarztstützpunkten erklären.

Abg. Krismer-Huber geht dann in die Vergangenheit zurück, als Spitäler von Gemeinden in die Verantwortung des Landes transferiert wurden. Schon damals wurde im nö. Landtag der eklatante Pflegenotstand diskutiert. Damals habe die schwarz-blaue Bundesregierung, die Eingangsprüfungen für das Medizinstudium eingeführt und erklärt, dass es zu viele Mediziner*innen gebe. Als die Spitäler ans Land NÖ kamen, wurde dann die Landesklinikenholding gegründet, die später zum „*Riesenmloch Landesgesundheitsagentur*“ wurde.

Die Menschen hätten niederösterreichweit das Recht auf eine hochqualitative Akut- und Erstversorgung. Man habe sich auf ein gemeinsames öffentliches Gesundheitssystem verständigt und dies könne von den Beitragszahler*innen auch erwartet werden. Nach einem Jahr des veröffentlichten Gesundheitsplans merke die ÖVP, dass es im Land Unmut gebe und sie reagiere damit, dass sie die Schuldigen in Wien suche. Der Gesundheitsplan müsse nochmals auf den Prüfstand kommen. Und *Abg. Krismer-Huber* bemerkt weiters, sie habe schon vor einem Jahr vorgeschlagen, zuerst die

Neuerungen zu etablieren, bevor Altes geschlossen würde.

Zu den Notarztstützpunkten meint sie, es seien noch keine qualifizierten Sanitäter*innen mit 4000 Stunden Ausbildung vorhanden, man höre nichts von „First Respondern“ und die „Community Nurses“ habe man eigentlich auch nicht gewollt.

Abschließend ruft sie alle auf, die weitere Überprüfungen und Verbesserungen (des Gesundheitsplans/Anm. #zH) wollten, die Petition der Grünen zu unterschreiben.

Abg. Karin Scheele/SP weist darauf hin, dass auch evidenz- und Expert*innen-basierte Veränderungen manchmal schwierig zu kommunizieren seien. Sie halte den Grünen nicht Parteipolitik vor und finde es gut, dass der Gesundheitspakt im Landtag diskutiert werde. Wer *Abg. Moser* kenne, wisse, dass sie immer sachlich und mit konkreten Beispielen agiere. Ihre Fraktion habe sowohl in der Landesregierung als auch im Landtag dem Gesundheitspakt unter der Prämisse zugestimmt, dass nichts gesperrt werde, bevor Alternativen verfügbar seien. Ihr sei klar gewesen, dass mit der Zustimmung die Diskussion nicht vorbei sei. Bei solch einem wichtigen Umbau sei die weitere Ausformulierung notwendig.

Die Abgeordnete geht dann auf die Verträge bezüglich Sekundärtransporte und die Probleme, die damit verbunden waren ein (siehe Zusatzinformation).

Sie fordert dann neuerlich die versprochene Evaluierung des Gesundheitspaktes ein. Auf dieser Grundlage könne es weitere harte Diskussionen geben.

Abg. Scheele spricht dann die teilweise prekäre Personalsituation an bzw. die auf Grund des Personalmangels oft überforderten Mitarbeiter*innen. Dieses Problem hätte schon früher adressiert werden müssen, dann wäre man heute vielleicht auch mit Lösungen bereits weiter. Sie ruft dazu auf, gemeinsam daran zu arbeiten, dass das, was im Gesundheitspakt versprochen wurde auch umgesetzt werde. Und als Schlusspunkt kann sich die Abgeordnete einen kleinen Seitenhieb an die Landesregierung nicht verkneifen und meint, man solle auch

beim Thema Gastpatient*innen genauso intensiv miteinander diskutieren, wie im Landtag. Deshalb sei sie auch von der Landeshauptfrau etwas enttäuscht, der sie bei diesem Thema mehr Fingerspitzengefühl zugetraut habe. Und sie verweist auf die Zeiten von Erwin Pröll, als zwischen Wien und NÖ bei einer ähnlichen Debatte eine Lösung gefunden wurde. Abschließend drängt sie auf den „*Evaluierungsbericht des Gesundheitspakts 2040+*“.

Abg. Richard Punz/FP mahnt beim Megaprojekt des Gesundheitsplans 2040+ verantwortungsvolle Antworten anstelle von politischer Zuspitzung. Der Großteil des Landtags habe Verantwortung dafür übernommen, dass die medizinische Versorgung auch in Zukunft verlässlich, leistbar und qualitativ hochwertig bleibe, dass die finanziellen Mittel bestmöglich eingesetzt würden, dass die unterschiedlichen Bereiche von Spital, über niedergelassenen Bereich, Pflege und Prävention nicht gegeneinander ausgespielt, sondern sinnvoll miteinander verbunden würden.

Es müsse klar kommuniziert werden, wie der Plan für die Zukunft aussehe und falls es wie bei den Krankentransporten zu Problemen komme, dürfe man nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern die Probleme müssten raschest gelöst werden.

Es sei legitim, über den besten Weg der Umsetzung zu diskutieren, aber der Abgeordnete lehnt es ab, wieder Schritte zurück an den Verhandlungstisch zu gehen. Die bevorstehenden Herausforderungen würden nicht verschwinden, wenn Entscheidungen vertagt oder verweigert würden. Man dürfe sich nicht in wiederkehrende Diskussionen verlieren, sondern müsse zur Umsetzung schreiten. Und er appelliert auch an die Grünen, diesen Weg gemeinsam zu gehen – mit Ernsthaftigkeit, mit Respekt und dem festen Willen, das nö. Gesundheitssystem zukunftssicher zu gestalten. Und **Abg. Punz** schließt mit den Worten: „*Nicht irgendwann, sondern heute, nicht halbherzig, sondern konsequent, nicht gegeneinander, sondern miteinander*“.

Als letzter Redner dieses TO-Punktes spricht **Abg. Franz Dinhobl/VP** und geht gleich auf die

Frage ein, warum der Gesundheitsbereich, wie vorher erwähnt, auf vier Parteien aufgeteilt ist. Er meint, es sei gut, wenn die Verantwortung eines so sensiblen Themas auf mehrere Parteien und Personen aufgeteilt sei. Die vier für Gesundheit und Pflege zuständigen Landesrät*innen sind: *Anton Kasser/VP und Christiane Teschl-Hofmeister/VP, Martin Antauer/FP und Eva Prischl/SP*.

Der Abgeordnete geht dann auf den kürzlich präsentierten Plan für die Umsetzung des Gesundheitsklinikums Gmünd ein und erwähnt, dass es eine 24/7-Betreuung gebe, dass es elektive Eingriffe (planbare/Anm. #zH) geben werde. Und er weist ebenfalls darauf hin, dass die Schließung des Klinikums erst dann erfolgen werde, wenn das Gesundheitsklinikum Gmünd umgesetzt sei. Die Zusammenarbeit mit ÖGK und LGA sei neu und bahnbrechend.

Abg. Dinhobl weist auf die vielen Facharztbereiche hin, die es früher nicht gegeben habe. Es würde auch ein Hubschrauberplatz vorhanden sein, um Patient*innen mit notwendigen Akutbehandlungen rasch in jenes Klinikum zu fliegen, in dem sie behandelt werden können. Und der Abgeordnete illustriert diesen Aspekt mithilfe eines ihm persönlich bekannten Fallbeispiels.

Weiters geht er auf Details des geplanten Gesundheitsklinikums Gmünd ein. Es werde eine Notfall- und Erstversorgung 24/7 geben, ein Primärversorgungszentrum, ein Radiologiezentrum, zusätzliche niedergelassene Fachärzte für Gynäkologie, Innere Medizin und Kinder- und Jugendheilkunde. Und der Abgeordnete betont, dass auch das [healthacross-System](#) weiter bestehen bleibe – Neurologie, Unfall- und Allgemeinmedizin. Elektive Eingriffe, wie Katarakt-OPs könnten dort ebenfalls vorgenommen werden.

All das werde die Qualität und Zufriedenheit der Bevölkerung im Waldviertel heben.

Und **Abg. Dinhobl** bedankt sich bei allen Fraktionen, inklusive Neos, die den Gesundheitsplan auf so breiter Basis beschlossen haben.

#zusammenhaltNÖ fragt: Was braucht es noch, um den Unmut der Bevölkerung auch im

nö. Landtag wahrzunehmen? Die Grünen für ihre „Übersetzungsarbeit“ zu maßregeln und ihnen Inszenierung vorzuwerfen, zeigt die Überforderung und das daraus resultierende Unverständnis mancher Abgeordneten-Kolleg *innen. Die Bevölkerung, nicht nur in Gmünd, Mistelbach und Gänserndorf, möchte statt der mantraartigen Ankündigung: ‚Alles wird besser‘ Taten sehen. Denn Abteilungen runterfahren, ganze Spitäler schließen, Notärzt*innen etc. einsparen vermittelt Gegenteiliges.

Was die verunsicherte Bevölkerung jetzt braucht, ist das Gefühl, dass alle Parteien im nö. Landtag gemeinsam an einem Strang ziehen, um das marode Gesundheitssystem bestmöglich und raschest zu reformieren.

#zusammenhaltNÖ weist auf unterschiedliche Ausbildungen von Notfallsanitäter*innen hin:

◆ **Österreich:** max. 3-monatige Ausbildung, 300 Stunden zu Rettungsanitäter*innen und 3-monatige Ausbildung, 480 Stunden zu Notfallsanitäter*innen

◆ **Deutschland:** (3-jährige Ausbildung, 4600 Stunden).

#zusammenhaltNÖ rätselt, welche „Evaluierung des Gesundheitspakts“ Abg. Scheele gemeint haben könnte. Der Pakt ist ja noch nicht voll implementiert. Wie kann er da schon evaluiert werden? Im [Regionalen Strukturplan Gesundheit Niederösterreich 2030](#) wird der Begriff „Evaluierung“ 9x in verschiedenen Kontexten erwähnt. Meint die Abgeordnete, dass nach der Hälfte der Laufzeit der vorliegende RSG NÖ 2030 einer Evaluierung unterzogen werden solle, wie dies auf S. 39 gefordert wird? Oder meint sie, die im [Gesundheitspakt2040+](#) erwähnte Evaluierung von bestehender Prävention und Gesundheitsvorsorge (siehe S.14) oder die Evaluierung eines diesbezüglichen Anreizsystems – S. 24)? Für uns ist nicht ganz klar, was Abg. Scheele unter „Evaluierungsbericht über den Gesundheitspakt 2040+“, den sie wiederholt erwähnt, versteht.

Zusatzinformation

[Der Gesundheitsplan Niederösterreich](#), Amt der NÖ Landesregierung 2025

[Der Gesundheitsplan in Ihrer Region](#), Amt der NÖ Landesregierung 2025

[Niederösterreichischer Gesundheitspakt](#), NÖ Landtag, o.D.

[Kursprogramm 2026 – Rettungsschule Niederösterreich](#), Samariterbund NÖ

[Notfallsanitäter Ausbildung: Karriere im Rettungsdienst](#), Deutschland

[Ein Jahr Gesundheitsplan 2040+: Geschlossenheit am Weg zur bestmöglichen medizinischen und pflegerischen Versorgung - Land Niederösterreich](#), 31.03.2026

[Fragen und Antworten - Ein Jahr „Gesundheitsplan 2040+“ in NÖ: Was bislang passiert ist - NÖN.at](#), 24.03.2026

[1300 Quadratkilometer - Wahnsinns-Plan: Riesige Region ohne Arztversorgung | krone.at](#), 29.03.2026

[Gründung Plattform NÖ – #LKGmündbleibt](#), 23.01.2026

[Pläne durchgesickert - 120 Millionen Euro sollen in neue „Gesundheitsklinik Gmünd“ fließen - NÖN.at](#), 21.03.2025

[Cross-border collaboration in the field of health care: the approach of the Healthacross Initiative in Lower Austria](#), WHO European Region, 2024

<https://on.orf.at/video/14316684/16060325/neue-plaene-fuer-klinik-standort-gmuend-praesentiert-niederoesterreich-heute-vom-24032026>

[Regionaler Strukturplan Gesundheit Niederösterreich 2030](#), erstellt durch die Zielsteuerungspartner: NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS), NÖ KV-Träger in Kooperation mit der Gesundheit Österreich GmbH, 11.12.2025

[Healthacross MED Gmünd Folder](#)

[TO-Punkt 4: Antrag gemäß §34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Keyl und Krumböck, BA betreffend Ersatzverkehrskonzept für die Dauer der Stammstreckensperre](#)

Link zum ursprünglichen [Antrag der Grünen](#) und zum [§34-Antrag des Verkehrs-Ausschusses](#)

Dem Vorschlag von **Abg. Georg Ecker/Grüne**, mit „echtem Schienenersatzverkehr“ (= Bussen) für die ca. 270.000 Pendler*innen das Problem der Sperre der S-Bahn-Stammstrecke zu lösen, erteilt **Abg. Hubert Keyl/FP** eine entschiedene Absage. Seiner Meinung nach würde ein Schienenersatzverkehr mit Bussen nicht so ohne weiteres funktionieren. Man bräuchte hunderte Busse. Mit einer geplanten Verdichtung der U-Bahn-Intervalle und Verstärkung auf den Straßenbahnlinien hätten VOR (ÖBB), Land NÖ und Wiener Linien schon längst ein

zielführendes Ersatzkonzept zur effizienten Lenkung der Pendlerströme während der Streckensperre geplant.

Während der §34-Antrag für ein umfassendes und leistungsfähiges Ersatzverkehrskonzept für die Dauer der Stammstreckensperre einstimmig angenommen wurde, blieb der Zusatzantrag von **Abg. Christoph Müller/Neos** ohne Unterstützung.

Zusatzinformation

[Stammstrecken-Sperre - Kürzere Intervalle der U-Bahn ersetzen 364 Busse | krone.at](#), 30.04.2026

[Stammstrecken-Sperre im Landtag: Grüne fordern klare Lösungen für Pendler - Niederösterreich](#), Mein Bezirk, 22.03.2026

[Im Herbst droht Chaos - Plötzlich Sorge um Pendler in \(fast\) jeder Partei | krone.at](#), 21.03.2026

[Maßnahmen gefordert - Stammstrecken-Sperre: NEOS drängen auf Entlastung für Pendler aus NÖ - NÖN.at](#), 19.03.2026

[Mobil während der Stammstreckensperre Juli 2026 bis Dezember 2027 | Verkehrsverbund Ost-Region](#), 12.02.2026

[Gemeinsam in Wien mobil während der Stammstreckensperre](#), Wiener Linien 2026

[Bauarbeiten Wien Stammstrecke](#), ÖBB Information

[TO-Punkt 5: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes 2017 \(NÖ ADG 2017\)](#)

Links zu: [Motivenbericht](#), [Gesetzesentwurf](#), [Synopsis](#)

Bei der Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes 2017 sollen die Richtlinien der EU 2024/1499 und die RL der EU 2024/1500 umgesetzt werden. Beide Richtlinien haben den Zweck, innerhalb der Mitgliedstaaten Mindestanforderungen an die Arbeitsweise dieser Stellen, die für den Schutz vor Diskriminierung zuständig sind, festzulegen.

Dazu fragt **Abg. Edith Kollermann/Neos**, inwieweit diese Stelle unabhängig sei. Trotz Weisungsfreiheit sei es ihrer Meinung nach bedenklich, wenn Budget, Personal und Organisation letztlich bei der NÖ Landesregierung lägen. Im Hinblick auf die Unabhängigkeit widerspricht die **dritte Landtagspräsidentin Elvira**

Schmidt/SP ihrer Vorrednerin. Und sie bedankt sich ausdrücklich bei der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle für die hervorragende Arbeit. Denn in den letzten vier Jahren hätten die Fälle um 50% zugenommen. Als weitere positive Verbesserung begrüßt die Abgeordnete die Verlängerung der Verjährungsfrist bei jeder Art von Belästigung von dzt. einem auf drei Jahre.

Damit die Stelle ihre Aufgaben vertraulich, anonym und kostenlos erfüllen könne, müsse diese lt. **Abg. Edith Mühlberghuber/FP** mit geeigneten Räumlichkeiten, genügend Personal und den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Diese Stelle solle nicht erst bei Beschwerden reagieren, sondern solle schon vorbeugend beraten und informieren können.

Für **Abg. Silke Dammerer/VP** würden mit der vorliegenden Novelle nicht nur europarechtliche Verpflichtungen erfüllt, es würden vielmehr im Land bereits bestehende, bewährte Strukturen gestärkt. Denn Gleichstellung und Fairness seien ihrer Meinung nach zentrale Werte in Niederösterreich. Um gleiche Chancen für alle sicherzustellen, sollten Respekt und Fairness aber nicht nur im Gesetz stehen, sondern müssten auch gelebt werden.

[TO-Punkt 6: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetzes \(NÖ LVGG\)](#)

Link zu [Antrag](#)

Aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes sind Anpassungen im NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetz notwendig. So soll nach Aussage von **Abg. Christian Samwald/SP** mit diesem Antrag die Mitwirkung der Mitglieder des Landesverwaltungsgerichts bei der Anonymisierung und [Pseudonymisierung](#) der zu veröffentlichenden Entscheidungen geregelt werden, um so Verfahrensabläufe zu vereinfachen. Dies obliege laut § 7 Abs. 4 der Evidenzstelle. Für die FP betont **Abg. Hubert Keyl** die Bedeutung eines starken Rechtsstaats. Er gibt aber zu bedenken, dass Bürger*innen, Unternehmen, Vereine nicht in irgendeiner Weise

von überschießender Transparenz gefährdet werden dürfen. Für **Abg. Hermann Hauer/VP** haben die Vorredner die entscheidenden Punkte sehr klar und detailliert skizziert: Transparenz, Effizienz, Rechtssicherheit und klare Regelungen werden umgesetzt.

[TO-Punkt 7: Antrag betreffend stärkerer Schutz von Eigentum und Hausrecht – Schaffung zeitgemäßer strafrechtlicher Rahmenbedingungen, um Schutzlücken zu schließen](#)

Link zu [Antrag](#)

Es gehe hierbei um Kernbereiche der FPÖ meint **Abg. Hubert Keyl/FP**. Denn es seien klare freiheitliche Themen. Es gehe um Werte aus der Revolution von 1848, die in die Dezemberverfassung und das Staatsgrundgesetz von 1867 eingeflossen seien: „Eigentum und Freiheit“ – seien zwei Seiten einer Medaille. Für **Abg. Keyl** sei ohne Eigentum keine Freiheit möglich. Für Freiheitliche sei das Eigentum unverletzlich. Und als Beispiele für Verletzung von Grundrechten nennt er die geplante Bargeldabschaffung und die Corona-Gesetzgebung. **Abg. Keyl** weiter im Originalton: „*Da wurde vieles, was ich selbst im Studium der Rechtswissenschaften gelernt habe, ad absurdum geführt*“. Er glaubt auch zu verstehen, warum die Sozialdemokraten zu solch selbstqualifizierenden Aussagen greifen und meint süffisant: „*Ja, ihr Sozialisten steht's ja jetzt in einer gewissen Renaissance, ja, von irgendwelchen kommunistischen Ideen, net. Net umsonst habt's ja jetzt einen Vizekanzler ins Rennen geschickt, der ein Marx- und Lenin-Verehrer ist. Und da is ja ganz klar, dass hier der Griff ins Geldbörsl der Landsleut' net weit is. Und genau dagegen stehen wir. Und daher sind wir, sg. Damen und Herren, wir als Freiheitliche auch gegen Vermögenssteuer. Und deshalb sage ich, der Antrag is gut, is wichtig. Er zeigt, Eigentum und Freiheit sind einfach zwei Begriffs-Paare [sic!] und ohne Eigentum gibt's keine Freiheit*“.

Für den vorliegenden Antrag gebe es für **Abg. Edith Kollermann/Neos** keinen Anlassfall. Hinter dem Aufbauschen eines nicht vorhandenen Problems, das man dann in heroischer Manier zu lösen vorgibt, will sie eine weitere Form des Populismus erkennen. Sie betont ausdrücklich das Hausrecht landwirtschaftlicher Betriebe. Und unbefugtes Eindringen dürfe nicht bagatelisiert werden. Die schon jetzt geltenden Regeln hält sie für ausreichend, denn „*Hausfriedensbruch ist strafbar*“ und Behördenkontrollen seien klar normiert. Die Neos-Abgeordnete verlangt die Nennung eines konkreten Anlassfalls, der nicht durch geltendes Recht abgedeckt sei. Da fehlen ihr die entsprechenden lautstarken Reaktionen: „*Schweigen im Walde!*“ Und wer ständig von Schutzlücken spreche, ohne sie zu belegen, der erzeuge auch ein Klima des Misstrauens: Misstrauen gegenüber Aktivist*innen, gegenüber den Behörden und gegenüber dem Rechtsstaat.

Abg. Kollermann verteidigt in diesem Zusammenhang das Strafrecht als probates Werkzeug des Rechtsstaats. Für sie müsse eine Nachschärfung schon einen schwerwiegenden Grund haben. Wenn eine tatsächliche Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe gewünscht sei, dann müsse man für eine effiziente Kontrolle, für klare Regeln und eine verlässliche Zusammenarbeit sorgen und nicht für symbolische Strafverschärfung ohne seriösen Grund. Die Neos halten den Antrag daher für völlig unnötig und lehnen ihn daher ab.

Für **Abg. Kathrin Schindele/SP** sei der Schutz von Eigentum zurzeit rechtlich ausreichend abgesichert. Sollten tatsächlich Gesetzeslücken im Hinblick auf Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung (wie im Strafgesetzbuch bereits enthalten) bestehen, gehörten diese auf jeden Fall geschlossen und sie würde sie Verbesserungen befürworten.

Nicht so sehr um die trockene juristische Materie, sondern um den Schutz von Eigentum und um die Durchsetzbarkeit von Recht geht es der **VP-Abgeordneten Doris Schmidl**. Von ihr wird

auch das Hauptanliegen des Antrags thematisiert, dass nämlich fremde Personen in Stallungen eindringen, filmen und anschließend diese Aufnahmen veröffentlichen würden. Für sie stelle sich die Frage, ob das geltende Recht ausreichend Schutz biete.

Denn schon bei der Definition „Hausfriedensbruch“ beginne für die Abgeordnete das eigentliche Problem. Dieser sei häufig, bei offener Tür und nicht möglicher Identitätsfeststellung, nur zivilrechtlich klagbar. Aber in diesem Fall handle es sich laut *Abg. Schmidl* nicht um „Besitzstörungsklage“.

Die Abgeordnete gibt daher zu bedenken, was ein zivilrechtlicher Anspruch nütze, wenn man gar nicht wisse, gegen wen. Und hier bestehe für die VP-Abgeordnete die echte Schutzlücke, welche den Rechtsstaat untergrabe.

Um Rechtssicherheit zu schaffen, wäre es notwendig, dass Stallungen besonders geschützt werden und dass der Eintritt von Unbefugten unter bestimmten Voraussetzungen auch strafrechtlich relevant werde, nicht um jeden Mundtot zu machen, sondern um für alle Beteiligten Rechtssicherheit zu schaffen. Denn ein Rechtsstaat müsse zweierlei leisten: Freiheit ermöglichen und gleichzeitig Grenzen wirksam schützen.

[TO-Punkt 8: Antrag betreffend Gewährleistung einer werthaltigen, abgesicherten Bundesfinanzierung von Fachhochschulen](#)

Link zum [Antrag](#); Link zum [Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Christoph Kaufmann/VP** ergreift **Abg. Indra Collini/Neos** das Wort und erläutert für uneingeweihte Zuhörer*innen auf satirische Weise, wie die föderale Kommunikation mit der Bundesregierung oftmals funktioniere.

Das Thema selbst sei aber sehr wichtig, es gehe um die wichtige Rolle der Fachhochschulen und sie wolle dies keinesfalls schmälern. Fachhochschulen seien wichtige universitäre Ausbildungsstätten, deren Stärke in der Kombination

von wissenschaftlich fundierter Ausbildung gemeinsam mit hoher Praxisorientierung liege: mit klar strukturierten Lehrplänen, kleinen Gruppen, oftmals sehr innovativen Studienangeboten – berufsbegleitend oder dual - und einer großen Vielfalt an Ausbildungsmöglichkeiten.

Fachhochschulen leisteten wichtige Beiträge an anwendungsorientierter Forschung und am Wissenstransfer in die Unternehmen und Regionen hinein. Die praxisnahe Innovationsarbeit sei auch für NÖ ein wesentlicher Beitrag für den Wirtschaftsstandort. Darum stehe es für *Abg. Collini* außer Frage, dass eine gute finanzielle Ausstattung der nö. Fachhochschulen absolut wichtig und sinnvoll sei. Trotzdem erschließe sich ihr nicht der Alarmismus, den der Antrag signalisiere, denn es lese sich ja geradewegs so, als ob die Kolleg*innen im Bund die FHs aushungern wollten. Das sei keineswegs der Fall, wie die steigenden Budgetzahlen für Fachhochschulen zeigen. Im FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2025 gebe es mehr Budget als im Jahr vorher, nämlich 474 Mio. €, 2028 484 Mio. €. Der Bund müsse zwar sparen, aber im Wissenschaftsbereich werde nicht gekürzt, sondern es gebe sogar mehr Geld für die FHs. Auch im Regierungsprogramm sei ein klares Bekenntnis zu den Fachhochschulen erkennbar. Und *Abg. Collini* zitiert einige relevante Passagen aus dem Regierungsprogramm ([Video ab Minute 5:03](#)).

Die Abgeordnete stellt klar, wenn es darum gehe, die FHs qualitativ weiterzuentwickeln, könne man ihrer Unterstützung sicher sein. Es seien auch für FHs einige Herausforderungen zu bewältigen, z.B. die zersplitterten Zuständigkeiten im FH-Bereich: der Bund steuere die Studienplätze und strategische Entwicklung, die Ländern würden sich um Infrastruktur, um die einzelnen Studienbereiche und die Standortentscheidungen etc. kümmern und maßgeblich mitreden. Das derzeitige Ergebnis quer über alle Bundesländer sei ein nicht optimal ausbalanciertes Studienangebot, in dem auch die tatsächliche Nachfrage mitberücksichtigt werde und wo die hervorragende Qualität der Lehre und Wissenschaft im Mittelpunkt stehe. In den Ländern würden oft regionalpolitische

oder andere Interessen im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen. Es reiche nicht, mehr Geld vom Bund zu fordern. Das führe nicht zwingend zu besseren Ergebnissen. Für qualitativ top Ausbildungen und top ausgestattete Standorte müsse das ganz Land zusammenarbeiten und nicht jede/r Landeshauptfrau/mann die eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. Für die Neos sei klar: es brauche eine bundesweite Gesamtsteuerung der FH-Strategien mit klaren transparenten Kriterien: „*Wo gibt es tatsächlich Bedarf, wie ist die Nachfrage, wird Qualität geliefert?*“ Das könne auch bedeuten, dass Kräfte gebündelt werden müssten und einzelne föderale Steckenpferde aufgegeben werden müssen. Und die Abgeordnete ruft abschließend Bund und Länder dazu auf, im Interesse der Qualität von Ausbildung und Forschung der FHs den Weg gemeinsam zu gehen und auf konstruktivem Verhandlungsweg gute Lösungen zustandezubringen.

Abg. Doris Hahn/SP beginnt ihren Redebeitrag mit einer Lobeshymne auf Fachhochschulen, die sich seit 1994 an den Standorten St. Pölten, Wiener Neustadt, Krems oder Tulln mit tausenden Studierenden bzw. Absolvent*innen zu einer tragenden Säule der nö. Bildungslandschaft entwickelt hätten. Dies sei das Ergebnis harter und professioneller Arbeit von Lehrenden und Studierenden, die praxisnahe Ausbildung auf hohem Niveau garantieren würden. Diese Erfolgsgeschichte der FHs brauche eine entsprechende Förderfinanzierung unter Berücksichtigung der Teuerung. Andernfalls würden Angebotskürzungen oder Einschränkungen der Professionalisierung drohen.

Die Abgeordnete kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag an. Sie weist jedoch auf eine Passage im Antrag hin, in der die Antragsteller kritisieren, „*dass die Wertanpassung der Fördermittel nicht erfolgt sei*“. Ihrer Meinung nach hätten diese Forderungen schon längst an die damals zuständigen Bildungs-, Wissenschafts- und Finanzminister gestellt werden können. Damals habe man aber nichts getan, offenbar, um den eigenen VP-Ministern nichts ausrichten zu müssen. Sie bemerkt jedoch, es sei eine gewisse Ironie, dass der jetzige SP-

Finanzminister Marterbauer das riesige Budgetloch von 18 Mrd. €, das der frühere VP-Finanzminister hinterlassen habe, stopfen solle.



Eigentlich ist das Thema des TO-Punkts ja die weitere Finanzierung von nö. Fachhochschulen, doch **Abg. Anja Scherzer/FP** schafft es problemlos, auch hier die übliche FP-Polemik unterzubringen. Ihre Rede leitet die Abgeordnete mit der Feststellung ein, es gehe hier nicht nur um eine Budgetfrage, sondern um „*die Zukunft des Bildungs-, Wirtschafts- und Innovationsstandorts Österreich*“.

Fachhochschulen seien seit ihrer Einrichtung im Jahr 1994 zu einem zentralen Pfeiler der tertiären Bildung in Österreich geworden. Mit über 60.000 Student*innen und jährlich rund 17.000 Absolvent*innen würden sie einen effizienten und leistungsstarken Hochschulsektor und durch die praxisnahe Ausbildung, die unmittelbare Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt eine enge Verzahnung mit der Wirtschaft bilden. In Zeiten von dringendem Bedarf an Fachkräften wären FHs eine Notwendigkeit. Absolvent*innen österreichischer Fachhochschulen würden auch international geschätzt. Dies zeige z.B. die Anerkennung österreichischer FH-Abschlüsse in Italien.

Und dann beginnt – vermischt mit allgemeinen Feststellungen - eine höchst skandalöse Serie von Unwahrheiten, Unterstellungen und Diffamierung unterschiedlicher NGOs bzw. der Bundesregierung ([Video ab Minute 2:00](#)).

Abg. Scherzer behauptet allen Ernstes, die Österreichische Bundesregierung würde nun bei den Fachhochschulen den Sparstift ansetzen. Das sei nicht nur kurzfristig, sondern verantwortungslos. Österreich befinde sich in Bezug

auf Wirtschaft in einer angespannten Lage mit schwachem bzw. keinem Wachstum, die Industrie sei unter Druck und die Wettbewerbsfähigkeit sinke. In solchen Zeiten brauche es Investitionen in Ausbildung und nicht Kürzungen. Ohne gut ausgebildete Fachkräfte gebe es keine Innovation, ohne Innovation gebe es kein Wachstum und ohne Wachstum gebe es keinen Wohlstand. Eine Schwächung der Fachhochschulen wäre nicht nur bildungspolitisch falsch, sie wäre wirtschaftspolitisch fahrlässig. Und die Abgeordnete behauptet mit voller Überzeugung: „Und was macht die Bundesregierung? Statt gegenzusteuern belastet sie die Wirtschaft weiter: durch die CO2-Steuer, die Energie und Produktion verteuert, durch immer mehr Bürokratie und Auflagen, Sanktionen, welche Energiepreise und Produktionskosten zusätzlich in die Höhe treiben und durch völlig verfehlte Standortpolitik. Und während die Regierung den Standort schwächt, will sie jetzt auch noch bei der Ausbildung der Fachkräfte sparen. Das ist der nächste falsche Schritt in einer Reihe langer falscher Entscheidungen. Denn während an der Zukunft unseres Landes gespart werden soll, werden an anderer Stelle Millionen und sogar Milliarden mit vollen Händen ausgegeben. Und hier muss man offen sagen: wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, denn es fehlt nicht am Geld, es fehlt am politischen Willen es auch richtig einzusetzen. Denn wenn man sich ansieht, wofür in Österreich Millionen und Milliarden ausgegeben werden, dann kann man nur den Kopf schütteln. Eine vollständige Aufzählung hiervon würde an der Stelle vermutlich bis zur übernächsten Landtagssitzung dauern. Drei Beispiele seien aber dennoch genannt, um zu zeigen, wo die Prioritäten der Bundesregierung tatsächlich liegen: so flossen über 16,4 Mio. € in den Verein „Asylkoordination Österreich“, rund 2,1 Mio. € aus dem Sozialministerium in die Projekte im Umfeld der LGBTIQ-Lobby und mehr als 3,2 Mrd. €, die seit Kriegsbeginn in die Ukraine geflossen sind. Gleichzeitig wird darüber diskutiert, bei der Ausbildung im eigenen Land für

Fachkräfte und Forschung zu sparen. Das ist eine Schiefelage, die man den Menschen da draußen nicht mehr erklären kann. Es ist in Wahrheit eine Schande, wenn für ideologisch geprägte Projekte und internationale Geschenke Geld im Überfluss vorhanden ist, während bei der Bildung im eigenen Land gespart werden soll, also genau, wo unsere Zukunft entschieden wird. Und ich frage Sie alle, geschätzte Damen und Herren: wo wollen wir sparen? Bei ideologischen Projekten oder bei der Zukunft unseres Landes. Wir Freiheitliche sagen ganz klar: ja, man kann und muss im Budget sparen, aber sinnvoll. Und sinnvoll wäre es, ineffiziente Förderstrukturen zu hinterfragen, ideologische motivierte NGO-Förderungen zu kürzen, Prioritäten wieder auf die eigene Bevölkerung und Wirtschaft zu legen, anstatt unsere Steuergelder bis in die entlegensten Winkel dieser Erde zu verschleudern“.

Und Abg. Scherzer fährt mit ihrem Sermon fort und malt schreckliche Bilder an die Wand, die durch die von ihr bloß eingebildeten Budgetkürzungen für Fachhochschulen eintreten würden.

#zusammenHaltNÖ-Faktencheck:

Wieso Abg. Scherzer behaupten kann, der Bund würde bei der Finanzierung von FHs die Mittel kürzen, wissen die Götter oder vielleicht der VoKaKi. Jedenfalls entspricht das in keiner Weise den Tatsachen. Hätte sie sich nur ein im Internet schlaue gemacht, hätte sie den „Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2023/24 – 2025/26“ entdeckt mit den genauen Zahlen, die in den genannten Jahren zur Finanzierung der österreichischen Fachhochschulen vorgesehen waren bzw. sind. Und diese Zahlen sind zwischen 2023 und 2026 stetig gestiegen. Die **jährlichen Gesamtmittel des BMFWF für den Fachhochschulsektor** betragen:

◆ 2023: 422,3 Mio. €, ◆ 2024: 450,3 Mio. €,
◆ 2025: 473,9 Mio. €. ◆ 2026: 482,4 Mio. €.
Somit ergibt sich **seit 2023 eine Steigerung der Mittel um 60,1 Mio. €.**

Im „Regierungsprogramm 2025 – 2029“ der Bundesregierung ist auf S. 216 zu lesen, dass Fachhochschulen weiterentwickelt und die themenbezogenen und kompetitiven Forschungsfiananzierungsmittel aufgestockt, sowie die

finanzielle Planungssicherheit für Fachhochschulen verbessert werden würde. Mit keinem Wort wird eine drohende Mittelkürzung angedeutet. **#zusammenHaltNÖ fragt:** Warum erzählen Sie solche Unwahrheiten und betreiben Panikmache, Frau Abg. Scherzer? Haben Sie sich vielleicht nicht genügend vorbereitet und nur das zum Besten gegeben, was Ihre Partei gerne hören will? Für das stolze Gehalt einer Landtagsabgeordneten von mehr als 8.000 € vierzehnmal jährlich erwarten sich die Steuerzahler*innen jedenfalls seriöse Sitzungsvorbereitung sowie professionelle und faktenbasierte Performance, nicht billige, hetzerische Polemik, wie Sie das bei diesem Tagesordnungspunkt geliefert haben.

Wir von **#zusammenHaltNÖ** fragen uns außerdem, ob die ÖVPNÖ tatsächlich keinen Funken Selbstachtung und nicht einmal ein Minimum an Solidarität zu ihrer eigenen Bundespartei mehr hat. Wie sonst kann es sein, dass sie sich ohne Proteste solch unqualifizierte und gehässige Anwürfe gegen die Bundesregierung und gegen österreichweit anerkannte und geschätzte NGOs wie die Asylkoordination bzw. das Verbreiten von Unwahrheiten und falschen Zahlen ungerührt anhört? Führt die Koalitionsraison tatsächlich zur totalen Selbstaufgabe dieser ehemals „christlich-sozialen“ Partei? Dann braucht man wohl kein Prophet zu sein, um das Ergebnis der nächsten Landtagswahl bereits jetzt vorherzusagen.

Als letzter Redner spricht **Abg. Heinreichsberger/VP** und verteidigt vehement den Antrag an die Bundesregierung. Auch er scheint aus diversen Quellen drohende Kürzungen der Budgetmittel für FHs herauszulesen, lässt allerdings auch durchblicken, dass es sich zur Zeit offenbar nur um „potentielle Einsparungen“ ohne sachliche Grundlagen handle. Er meint, die Mandatar*innen würden die Interessen der Niederösterreicher*innen vertreten und somit sei es ihre Aufgabe, ihre Stimme zu erheben, sich Gedanken zu machen und sich über das Thema zu unterhalten. Zwischendurch ätzt er auf *Abg. Collini* hin, die in ihrer Rede offenbar einen wunden Punkt des Antrags und der Debatte getroffen hat.

Der Abgeordnete bedankt sich zweimal im Laufe seiner Rede bei der SPÖ, dass sie inhaltlich am selben Strang ziehe.

Er bemüht dann einen Vergleich mit einem anderen Ressort, nämlich der Landesverteidigung, bei der jahrzehntlang zu viel gespart wurde und wo jetzt das österreichische Heer mühsam wieder aufgebaut werden müsse. Das dürfe im Bildungsbereich, und im Besonderen bei den Fachhochschulen nicht passieren.

Der Abgeordnete wiederholt, dass eine Einsparung drohe und meint, Minister Marterbauer habe sowieso momentan „ganz gute Ideen“. Und er sagt wörtlich ([Video ab Minute 2:01](#)): „Vorige Woche meint er, wir brauchen ka Luftverteidigung, wir schützen unseren Luftraum nicht. Jetzt spricht er schon wieder von Erbschaftssteuern und vieles andere auch. Darum bitte ich auch an die Vernunft an ihn, dass wir genau in diesem Bereich nicht einsparen“. Und *Abg. Heinreichsberger* hält eine feurige Laudatio auf die Fachhochschulen, nennt diverse Kennzahlen und erzählt von seinen eigenen Erfahrungen an der FH KREMS und fordert eine Offensivstrategie durch die Innovation gefördert werde, wodurch die Wirtschaft getragen werde. Und er meint „geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“, wodurch wieder Steuern ins Land fließen würden.

Der Abgeordnete nennt dann auch die FH-Studiengänge im Gesundheitsbereich, wie Pflege, Physiotherapie, Hebammenausbildung etc. und erwähnt weiters den neuen Europacampus in Hainburg, dessen Strahlkraft weit über Österreich und Mitteleuropa hinausreichen werde. Inzwischen habe sich der anfängliche Wettbewerb zwischen Universitäten und Fachhochschulen beruhigt. Er geht auf die weit höheren Abschlussraten an FHs verglichen mit vielen Universitätsstudiengängen ein und belegt dies mit Zahlen. Weiters deutet er an, dass die hohen Abschlussquoten an FHs mit den Studiengebühren von 363 € teilweise zu begründen wären. Dies trifft allerdings auch für Studierende an österreichischen Universitäten zu, die den identischen Betrag zu bezahlen haben (Anm. #zHNÖ und [Studium.at](#)).

Abschließend meint der Abgeordnete, durch den Antrag werde „ein Zeichen, eine Duftnote nach Wien“ gesetzt, um die Wichtigkeit der nö. Standorte zu signalisieren, denn es hänge nicht nur wissenschaftlich, sondern auch wirtschaftlich und in der nö. Identität vieles an den nö. Fachhochschulen. Deshalb ersuche er um Unterstützung des Antrags.

Zusatzinformation

[Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. Regierungsprogramm 2026-2029](#), Wien 2025.

[FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2023/24 – 2025/26](#), Bundesministerium Frauen, Wissenschaft und Forschung, o.D.

Die folgenden beiden TO-Punkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

[TO-Punkt 9: Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend Energiegemeinschaften weiter ausbauen und forcieren](#)

Link zu [Antrag](#)

[TO-Punkt 10: Antrag betreffend Energie speichern statt Netze überlasten = Landeszuschuss für Photovoltaik mit Speicher](#)

Link zu [Antrag](#)

Zu den geforderten Förderungen für Batteriespeicher gebe es laut **Abg. Christoph Müller/Neos** ohnehin schon ein Fördervolumen von 60 Mio. €. Die dadurch entstehende Doppel- oder gar Dreifachförderung lehnten die Neos ab und verlangen dafür eine zielgerichtete, effiziente Förderung und schnellere Verfahren. *Abg. Müller* lobt daher die parlamentarische Präsentation des **EABG (Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz – EABG; Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, Änderung (43/ME) | Parlament Österreich)**. Dies-

ses bringe als positive Neuerung gesetzlich verbindliche Ausbaupläne mit empfindlichen Strafen bei Nichterfüllung. Wichtig sei für die Neos, dass alle Bundesländer ihren Beitrag leisten, nicht nur Niederösterreich, wenn es um die Windkraft geht. Es brauche keine Ankündigungen, sondern konkrete Maßnahmen, um mit

Wasser, Wind, Sonne und Geothermie von fossilen Energieträgern zeitnah wegzukommen. Angesichts aktueller geopolitischer Krisen beklagt **Abg. Georg Ecker/Grüne** die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und führt die hohe Inflationsrate auf diese Abhängigkeit zurück. Der Abgeordnete verweist auf das Beispiel Norwegen, das bei Wärmepumpen und E-Mobilität führend sei und wo „Verbrenner“ nicht mehr verkauft würden. Die FPÖ greift er als „echte Patrioten“ an, die aber in Wahrheit für die Despoten dieser Welt und die internationalen Ölmultis arbeiten würden. *Abg. Ecker* findet auch den §34- Antrag unterstützungswürdig, denn viele Unternehmen bräuchten Unterstützung in Form einer Wirtschaftsförderung: Stromspeicher seien mit der derzeitigen Förderung nicht möglich. Auch die E-Mobilität gehöre gefördert und nicht schlecht geredet, wie vonseiten der ÖVP. Wer laut *Abg. Ecker* noch immer auf fossile Energie setzt, „*arbeite gegen die Interessen der Österreicher*innen und gegen die österr. Unternehmen. Sie seien die leidtragenden einer solchen Politik*“.

Mit ihrem Antrag möchte **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** alle Menschen bei der Energiewende mitnehmen, denn dies sei Auftrag der Politik. Energiegemeinschaften (z.B. Trumau und Amstetten) würden niedrigere Stromtarife für Bürger*innen sichern. Und daher verlange sie einen Landeszuschuss für PV-Anlagen und Stromspeicher. Dafür sei ihr der §34 Antrag zu zögerlich und sie zitiert dazu *LHF-Stv. Pernkopf*. Seiner Aussage nach gehöre zu jeder PV-Anlage ein Speicher, auch zur Entlastung der Netze. Dieser würde auch einer Black-Out-Vorsorge dienen. Im Gegensatz zu den Neos sieht *Abg. Suchan-Mayr* mit Blick auf Oberösterreich daher keine Doppel- bzw. Dreifachförderung. Dort gebe es diese Förderung für Stromspeicher NEU, aber auch für bestehende, als strategische Stärkung zur Entlastung der Netze. Sie kritisiert, dass Niederösterreich das einzige Bundesland sei, wo es diese Förderungen nicht gebe, nicht für Private, aber auch nicht für

Betriebe. Die SPNÖ hätte dazu einen konkreten Finanzierungsvorschlag, denn man betrachte Speicherung als ein Gebot der Zukunft. Die Abgeordnete richtet abschließend noch einmal einen eindringlichen Appell für einen Landeszuschuss für PV-Anlagen mit Speicher.

Abg. Dieter Dorner/FP stellt erfreut fest, dass sein Vorredner von den Neos den Begriff „Geothermie“ in die Debatte brachte, kritisiert aber zugleich auch dessen Lob für das EABG. Darin sieht *Abg. Dorner* eine Beschneidung der Unabhängigkeit der Länder, von Bürgerrechten und den Versuch, die direkte Demokratie in unseren Gemeinden auszuhebeln. Seine Befürchtung: es könne dann keine Volksbefragungen mehr über Windräder geben. Weiters kritisiert er *Abg. Ecker*, der Norwegens Energiepolitik als Vorbild betrachte. Für *Dorner* aber hinke dieser Vergleich, denn Norwegen sitze auf den größten Öl- und Gasvorräten in Europa und könne sich daher locker eine umfassende Förderung alternativer Energien leisten.

Ebenso erteilt er dessen Forderung nach verstärkter Förderung der E-Mobilität eine klare Absage, denn Förderung führe laut *Dorner* immer zu einer Marktverzerrung. Er habe die Erkenntnis gewonnen, dass, sobald die Förderung wegfällt, auch das Produkt billiger würde und nennt als Beispiel Öl und Gas. Seine Partei sei nicht grundsätzlich gegen E-Autos. Für ihn stehe aber fest, dass sich das bessere Produkt bzw. das bessere System auch ohne Förderung von selbst durchsetzen werde.

Weiters teilt *Abg. Dorner* dann noch gegen die SPÖ-Fraktion aus mit der Frage, wer von den Förderungen für Stromspeicher tatsächlich profitieren würde. Es wären seiner Meinung nach vor allem die Eigenheimbesitzer und so klassifiziert er diesen Antrag als sozial höchst ungerecht, da für Bewohner*innen von Mietwohnungen solche Förderungen nicht in Frage kämen. Solche Speicher seien jetzt schon um die Hälfte billiger als vor einem Jahr. Wichtig sei aber vor allem auch eine rechtliche Voraussetzung, dass Ein- und Ausspeichern keine

zusätzlichen Kosten für die Speicherbetreiber verursache. Beim Thema Energie-Gemeinschaft leistet sich *Abg. Dorner* gegenüber seiner Vorrednerin *Abg. Suchen-Mayr* eine oberlehrerhafte Zurechtweisung in eher rüdem Ton. Und er belehrt sie, dass Energiegemeinschaften zwar Zugang zu billigerem Strom ermöglichen, nicht aber den Wegfall von Netzkosten. In seinen weiteren Ausführungen plädiert *Abg. Dorner* noch für eine Streckung des Zeitraums für den definitiven Umstieg auf CO₂-freie Energiequellen, um den Bürger*innen und Unternehmen unnötige Kosten zu ersparen. Bis dahin sei für ihn Gas eine unerlässliche Brücken-Energie für eine zuverlässige Stromversorgung.

[TO-Punkt 11: Antrag betreffend Modernisierung des Jugendarbeitsrechts – Beseitigung standortschädlicher Fehlanreize](#)

Wieder einmal - wie so oft - ein Antrag, der auch vom Wirtschafts- und Finanzausschuss befürwortet wird, in dem der Landtag die nö. Landesregierung auffordert, eine Forderung an die Bundesregierung heranzutragen. Diesmal wendet sich diese an den *VP-Minister für „Arbeit und Wirtschaft“ Wolfgang Hattmannsdorfer*.

Abg. Collini outet sich als großen Fan der Lehre, eine Ausbildungsform, um die uns das Ausland beneide. Sie meint, Lehrlinge von heute seien Unternehmer*innen von morgen, geht dann aber auf den starken Rückgang der Lehrlingszahlen ein, auf die Schere, die sich immer weiter auftue: immer weniger Lehrlingszahlen und immer mehr Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten. Hier fehle es nicht am Willen in den Unternehmen. Sie sei viel in nö. Betrieben unterwegs, beginnend vom kleinen Dienstleistungs- und Handwerksbetrieb, bis zum großen Industriebetrieb und sie nennt einige Beispiele von Firmen, die große Zahlen an Lehrlingen ausbilden würden.

Viele Betriebe würden jedoch an Grenzen struktureller Natur stoßen. Vor allem kleinere Betriebe könnten die Herausforderung eines Lehrbetriebs oft nicht mehr bewältigen, wie

z.B. rechtliche Vorgaben, die Ausbildungen erschweren, konjunkturelle Unsicherheiten der Betriebe und die stetig steigenden Kosten der Lehrlingsausbildung. Der **Walk-of-Fame** als Antwort der Wirtschaftskammer auf die brennenden Probleme ihrer Mitglieder habe *Abg. Collini* allerdings überrascht. Das Dickicht des oft realitätsfernen Regelwerks, mit denen Betriebe tagtäglich konfrontiert sind, sei einer ihrer größten „**Pain Points**“. Das Thema Arbeitszeit sei hier ein greifbares Beispiel. Viele Betriebe hätten auf Wunsch der Arbeitnehmer*innen sehr flexible Arbeitszeitmodelle, doch für Lehrlinge gebe es sehr starre Arbeitszeitregelungen, dass sie aus dem Arbeitsalltag regelrecht hinauskatapultiert würden. Die Abgeordnete schildert dann Beispiele, die zu absurden Situationen führen. So fährt z.B. ein Tischler mit seiner Truppe auf Montage nach Wien. Nach acht Stunden müsse der Lehrling dann in den Zug nach Hause gesetzt werden und sei oft später daheim als die Gruppe im Kleinbus, die noch eine Stunde länger gearbeitet hat. Ebenso gebe es mit der Achtstundenregelung in kleinen Gewerbebetrieben Probleme, wo auf Wunsch der Mitarbeiter die Viertageweche eingeführt wurde. Hier müsse für die Auszubildenden mehr oder weniger ein fünfter Arbeitstag eingeführt werden.

Probleme gebe es auch im Tourismus, in dem Schichtbetrieb und Lehre einfach nicht kompatibel seien. All das gehe an den modernen Arbeitsrealitäten vorbei.

Abg. Collini verlangt daher, dass v.a. an den folgenden drei Schrauben gedreht werden müsse:

✔ **Entlastung bei den Kosten:** hier könnte neben der Basisförderung durch den Bund das Land NÖ über die Wirtschaftskammer/WKNÖ eine zusätzliche Förderung für eine Art „Lehrlingsturbo“ leisten. Auf diese Weise könnte man die Rücklagen auf sinnvolle Weise wieder in nö. Betriebe investieren. Auch bei der Bundesmaterie „Lohnnebenkosten“ könnten sich die Wirtschaftskammern einbringen.

✔ **Entlastung beim Risiko:** das Risiko, falls Lehren abgebrochen würden und Betriebe auf den Kosten sitzen bleiben, könnte abgefedert

werden. Es könnte, so wie in Vorarlberg, ein Ausbildungs- und Abbruchfonds eingerichtet werden, der durch die Kammerumlage der WKO gespeist und durch Mittel des Landes aufgestockt werden könnte.

✔ **Entlastung bei der Bürokratie:** der Dschungel der Bürokratie müsse durch ein „**One Stop Shop**“ für alle Lehrlingsförderungen entflochten werden mit einer Stelle, einem Antrag und gebündelter Förderabwicklung – unkompliziert und digital. Dies könne nur von Bund und Ländern gemeinsam geregelt werden.

Abg. Hörlezeder/Grüne hat zwar ein gewisses Verständnis für das Grundproblem des Antrags, dass es schwierig sei, bei Schichtbetrieb in einer Firma den Arbeitsablauf wegen eines Lehrlings umbauen zu müssen. Allerdings finde er Details des Antrags nicht optimal. Wenn 15- und 16-Jährige plötzlich zehn Stunden täglich arbeiten müssten, wäre das ein massiver Einschnitt in den Jugendschutz.

Bei einem VP-Fachminister Hattmannsdorfer und einer Landeshauptfrau, die für die Wirtschaftsagenden Niederösterreichs zuständig ist, sei es verwunderlich, dass deren Fraktion keinen besseren und differenzierteren Antrag zustande bringe. In der Begründung werde alles in einen Topf geworfen, vom Tourismus, über die Exportindustrie bis hin zur Bauwirtschaft. Es sei ein großer Unterschied, ob ein 16-Jähriger zehn Stunden am Bau arbeite oder in einem klimatisierten Hightech-Labor. Hier müsse branchenspezifisch vorgegangen werden. Die in dem Antrag enthaltene Pauschalierung mache ihn gefährlich, denn er öffne den „*schwarzen Schafen*“, die es auch in der Wirtschaft gebe, Tür und Tor. Und, bezogen auf die Passage im Antrag, dass es auch für Erwachsene vergleichbare Arbeitszeitmodelle geben müsse, fragt der Abgeordnete, wie dies den Schutz des Lehrlings sicherstellen solle. Die Befürchtung der Grünen sei, dass aus der vielbeschworenen Flexibilität am Ende eine billige Zehnstunden-Arbeitskraft für Handlangertätigkeiten werde. Das wolle seine Fraktion nicht. Der Jugendschutz dürfe nicht einfach der Betriebsorganisation geopfert werden.

Als nächster Redner spricht **Abg. René Pfister/SP**. Auch er kritisiert den Antrag und

erinnert an das Jahr 2018, als die schwarzblaue Bundesregierung (Kurz und Strache/Anm.#zH) für den Bedarfsfall in Betrieben den [Zwölfstundentag und die Sechzigstundenwoche](#) einführte. Ebenso erinnert der Abgeordnete an das Jahr 2019, als die FP-Bundesministerin Hartinger-Klein die „Patientenmilliarde“ versprach, was sich später als [Werbe-Gag](#) und als Schall und Rauch entpuppte. Der Abgeordnete weist auf den Zusammenhang zwischen dem [Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz](#) und dem [Berufs-ausbildungs-gesetz/BAG](#), das dem Ressort des Wirtschaftsministers zugeordnet sei. Er meint in Richtung auf *Abg. Jürgen Handler/FPÖ*, man könne nicht in [Presseaussendungen](#) Dinge fordern, die dann nicht umgesetzt werden können, weil zur Zeit ein Lehrberufs-Novellierungspaket verhandelt werde. Und der Abgeordnete weist dann auf diverse Ausnahmeregelungen, die es bereits jetzt in den beiden genannten Gesetzen gebe. In Richtung auf die FPÖ-Abgeordneten rät er, sie mögen sich bei Expert*innen z.B. der [AK-Vollversammlung](#) erkundigen, wo es auch Vertreter*innen aus ihren Reihen gebe, die übrigens vor einigen Wochen einstimmige Beschlüsse zur Verbesserung des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes mitgetragen hätten. *Abg. Pfister* empört sich deshalb über die Doppeltzungigkeit von anwesenden Mandataren, die nun durch den Antrag im Landtag Arbeitsbedingungen von Lehrlingen nach unten nivellieren wollen, obwohl sie als AK-Kämmerer vor einigen Wochen in der AK-Vollversammlung den dortigen Anträgen zugestimmt hätten. Und er wirft den FP-Abgeordneten-Kolleg*innen vor, null Ahnung von den relevanten Gesetzen zu haben und nur billige Polemik zu produzieren. Abschließend hält *Abg. Pfister* ein Loblied auf die [duale Berufsausbildung](#) in Österreich, die ein weltweites Aushängeschild sei und die regelmäßig von vielen Delegationen aus aller Welt vor Ort begutachtet werde. Dieses System sei von den Sozialpartnern erfolgreich entwickelt worden und würde laufend weiterentwickelt. Die Facharbeiter*innen, die heute ausgebildet würden, seien die Fach- und Führungskräfte von morgen, was für den Wirtschaftsstandort essenziell wichtig sei. Und der

Abgeordnete kündigt an, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Abg. Jürgen Handler/FP hält einleitend fest, dass die Lehre für viele der Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben sei und deshalb müsse die Ausbildung realitätsnah sein. Die nö. Betriebe wären längst flexibel mit saisonalen Spitzen und modernen Arbeitszeitlösungen. Lehrlinge dürften da oft nicht mitgehen, was schade für die Betriebe und die jungen Menschen sei. Der vorliegende Vorschlag sei daher kein radikaler Schritt, sondern ein maßvoller Zugang - mehr Flexibilität innerhalb klarer Grenzen mit einer Ausweitung auf zehn Stunden täglich bei voller Sicherstellung der Ausbildung und unter klaren Schutzbestimmungen. Das bedeute keine Aufweichung des Jugendschutzes, sondern eine Anpassung an die Realität der Betriebe. Auch bei der Viertageswoche sollte es möglich sein, bei der Ausbildung mehr Flexibilität für Lehrlinge zuzulassen. Er nennt dann verschiedene Berufe aus der Baubranche und das Problem, dass Baustellen meist unter Zeitdruck fertig gestellt werden müssten. Da müsse es gesetzeskonforme Lösungen geben, damit Lehrlinge auch mehr als neun Stunden arbeiten dürfen. Es gehe nicht um Ausbeutung von Lehrlingen, sondern um Verhinderung eines rechtlichen Graubereichs, z.B. bei der Umsetzung der Viertageswoche.

Als letzter Redner kommt *Abg. Christoph Kaufmann/VP* zu Wort und stellt fest, dass beim Rückgang der Lehrlingszahlen auch die Demographie eine Ursache sei. Es gebe 2026 um 21.000 Personen zwischen 15 und 29 weniger als 2015. Er geht dann auch auf Betriebe mit Viertageswoche ein, z.B. im Baugewerbe, in der Gastronomie oder im Tourismus. Dort wäre die Ausbildung von Lehrlingen zu den derzeitigen Bedingungen nicht möglich. Er frage sich, wie man hier branchenspezifisch vorgehen könne, um das System an die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes anzupassen. Es gebe auch in NÖ viele Initiativen, um die Lehre zu fördern und der Abgeordnete weist speziell auf die Website www.lehre-respekt.at hin.

Abg. Kaufmann geht dann auf eine Thematik ein, die bisher noch vernachlässigt wurde,

nämlich die Weiterbildung während der Berufsschulzeit. Viele Berufsschulen würden Zusatzkurse wie Schweißerkurse, Staplerkurse u.a. nach dem Berufsschulunterricht am Nachmittag oder Abend anbieten. Dies sei ein Mehrwert für die Lehrlinge, jedoch würden sie nach strenger Auslegung des BAGs mit der Maximalarbeitszeit in Konflikt kommen, da die kurzen Pausen in die Arbeitszeit eingerechnet würden und somit die Weiterbildungskurse nach dem siebeneinhalbstündigen Unterricht nur mehr 30 Minuten stattfinden dürften. Darüber müsse geredet werden, damit in solchen Fällen praktikablere Lösungen gefunden werden könnten.

Zusatzinformation

[Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz 1987](#), BKA, Fassung vom 01.04.2026

[Sonderregelungen – Arbeitszeiten für Jugendliche](#), Unternehmensservice Portal, o.D.

[Unterstützungsangebote für das Handwerk in NÖ](#), Amt der NÖ Landesregierung 2026

[Historischer Tiefstand bei Lehrstellen - noe.ORF.at](#), 24.02.2026

[Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus - Wirtschaftspolitik - derStandard.at](#) > Wirtschaft, 23.02.2026

[Informationen zur Lehrlingsausbildung und Lehrberufen](#), BM Wirtschaft, Energie und Tourismus, o.D.
[NÖ Lehrlingsförderungen](#), Amt der NÖ Landesregierung 2026

[Home - z.l.ö. - zukunft.lehre.österreich.](#), o.D.

[AK Bildungsförderungen: Bildungsbonus | Arbeiterkammer Niederösterreich](#), o.D.

[Der Schmah mit der "Patientenmilliarde" - Renate Graber - derStandard.at](#) > Diskurs, 15.07.2025

[„FAME“: Handabdrücke am St. Pöltner Rathausplatz um drei NÖ Weltmeister erweitert - WKO](#), 20.05.2025

[Neue Lehrberufe: WKO und ÖGB fordern bessere Finanzierung - news.ORF.at](#), 18.04.2025

[Wirtschaft begrüßt neues Lehrberufspaket, warnt aber vor Streichungen bei Lehrlingsförderungen - WKO](#), 17.04.2025

[Wirtshaus Battle – Young Talents 2025](#), Tourismus NÖ, 26.02.2025

[Walk of Fame – Sozialpartner holen Leistungen der Jungfachkräfte vor den Vorhang - auf den St. Pöltner Rathausplatz](#), WKNÖ und AKNÖ, 15.07.2023

[RIS - Berufsausbildungsgesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 13.04.2023](#), BKA/RIS, Fassung vom 13.04.2023

[Bundesrat beschließt trotz massiven Protests den 12-Stunden-Arbeitstag](#), Parlament Österreich, 12.07.2018

[TO-Punkt 12: Antrag gemäß §34 LGO 2001 betreffend nachhaltige Weiterentwicklung der Ausbildungsstellen für klinische Psychologie](#)

Nach einer kurzen Zusammenfassung des [ursprünglichen Antrags](#) seiner Fraktion, präsentiert der Berichterstatter **Abg. Georg Ecker/Grüne** den [abgeänderten §34-Antrag](#) des Gesundheitsausschusses, der den ursprünglichen Antrag miterledigt.

Abg. Edith Kollermann/Neos beginnt ihren Redebeitrag mit einem Zitat der WHO: „*Es gibt keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit*“. Sie kündigt an, dass ihre Fraktion dem Antrag, mit dem Ziel der Ausbildungsstellen für klinische Psycholog*innen und mit der Erhöhung für die Ausgaben für die Schulpsychologie ohne Einschränkung zustimme. Der Bedarf steige, deshalb müsse die Zahl der Fachkräfte mitwachsen. Die nö. Kliniken hätten den psychologischen Dienst deutlich ausgebaut, die Ausbildungsqualität sei hoch und die Standorte seien breit gestreut. Es gebe 26 Ausbildungsstellen in 13 Kliniken in NÖ, aber bei der Diskussion dieses Antrags müsse man auch die grundlegende Frage stellen, warum die psychische Belastung in der Bevölkerung so stark steige. Und die Abgeordnete nennt die größer gewordenen Störfelder, denen Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren ausgesetzt seien – sozial und digital. Familien würden oft unter großem Druck stehen, die Arbeitswelt verändere sich rasant, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre oft eine Herausforderung, Erwachsene hätten immer weniger Erholungsphasen. Diese Entwicklungen würden psychische Belastungen verstärken. Wenn man diese Ursachen nicht bearbeite, würden auch zusätzliche Ausbildungsstellen nur ein Reparatursystem bedienen. Deshalb müsse die Politik Prävention und gesellschaftliche Resilienz stärken. Der Antrag richte sich hinsichtlich Schulpsychologie auch

an die Bundesregierung und somit auch an Minister Wiederkehr, der sich über Rückenwind aus den Ländern sicher freue.

Die Abgeordnete geht dann auf bereits erfolgte Maßnahmen in Wien ein. Dort seien multi-professionelle Teams aus Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen aufgebaut, „**mental health days**“ und „**school nurses**“ etabliert worden. Auf Bundesebene habe der Minister auch eine historische Personaloffensive gestartet. Die Zahl der Schulpsycholog*innen werde in zwei Jahren um jeweils 70 Stellen erhöht und es gebe erstmals Bundesplanstellen für Sozialarbeit an AHS und BHS. Auch die Mittel für psychosoziale Unterstützung und Präventionsarbeit seien ebenfalls deutlich aufgestockt worden. Dieser Antrag sei ein Ausgangspunkt, die Weiterentwicklung der Ausbildungsstellen sei ein Baustein, doch die eigentliche Aufgabe sei es, die Bedingungen so zu verändern, dass psychische Belastungen nicht mehr in diesem Ausmaß entstehen.

Auch **Abg. Silvia Moser/Grüne** geht eingangs auf die zahlreichen Gründe für psychische Belastungen der Gegenwart ein, aber erwähnt auch, dass Betroffene heutzutage schon früher professionelle Hilfe in Anspruch nehmen würden. Deshalb steige auch der Bedarf an Fachärzt*innen für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapeut*innen und klinischen Psycholog*innen. Weil man diesen Bedarf erkannt habe, gebe es seit Jänner 2026 vollfinanzierte Kassenplätze für klinisch-psychologische Behandlungen von über 120.000 Einheiten. Hierfür würden auch genügend klinische Psycholog*innen gebraucht, die nicht nur in eigenen Praxen arbeiten, sondern auch in Kliniken, Kuranstalten, Ambulatorien, Beratungsstellen, Justizanstalten, bei psychosozialen Diensten, psychiatrischen Einrichtungen, Kriseninterventionsstellen, in der Schulpsychologie etc.

Die Abgeordnete erklärt, dass mit dem Psycholog*innengesetz 2013 das Berufsbild der „Klinischen Psychologie“ klar ausdifferenziert und

deutlich aufgewertet worden sei. Klinisch-psychologische Diagnostik und die Erstellung von klinisch-psychologischen Befunden sei heute gesetzlich den klinischen Psycholog*innen vorbehalten. Diese Personen seien hochspezialisiert. Nach einem Masterstudium der Psychologie müssten sie eine postgraduale Ausbildung in der klinischen Psychologie absolvieren. Danach erst würden sie in die Berufsliste der klinischen Psycholog*innen des Gesundheitsministeriums eingetragen und müssten, ähnlich wie in anderen Gesundheitsbereichen, regelmäßig Weiterbildungen absolvieren. Die sehr anspruchsvolle postgraduale Ausbildung würde sich im theoretischen Bereich über zwei Jahre erstrecken. Die praktische Ausbildung von über 2000 Stunden, also ca. 15 Monate, könne nur in einem Dienstverhältnis absolviert werden und andere Praxiszeiten würden nicht angerechnet werden. Die Hälfte dieser praktischen Ausbildung müsse im klinischen Setting, 500 Stunden im Bereich Kinder – und Jugendpsychologie und hier sei es ganz schwer, geeignete Praxisstellen zu finden, in denen ausbildungsberechtigte klinische Psycholog*innen verfügbar sind. Deshalb trete man mit diesem Anliegen über die Landesregierung an die LGA/Landesgesundheitsagentur und die nö. Bildungsdirektion heran.

In ihrer Rede stellt **Abg. Karin Scheele/SP** fest, dass klinische Psycholog*innen durch Diagnose, Behandlung und Prävention ein unverzichtbarer Bestandteil im Bereich mentaler Gesundheit. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit dieser Berufsgruppe und ein Mehr an Ausbildungsplätzen habe sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Ihre Fraktion habe daher auch von Anfang an den Antrag der Grünen begrüßt, der klar die Aufgaben im eigenen Bundesland benannt hätte, um zu mehr Ausbildungsplätzen und mehr klinischen Psycholog*innen zu kommen. Sie würden aber auch den §34-Antrag unterstützen.

Auch **Abg. Richard Punz/FP** geht auf die Aufgaben klinischer Psycholog*innen, deren

Ausbildung und die dafür notwendigen Bedingungen ein. Es sei wichtig, nicht nur die Ausbildungsstellen zu erhalten, sondern nachhaltig weiterzuentwickeln. Darunter verstehe er v.a. verlässliche Strukturen, qualifizierte Anleitung in der Ausbildung, Supervision, Interdisziplinarität und ausreichend Ressourcen. Wer hohe Qualität erwarte, müsse auch die Bedingungen dafür ermöglichen und dafür sorgen, dass den Menschen in der Ausbildung die nötige Wertschätzung entgegengebracht wird.

Die Ausbildungsstellen für die klinische Psychologie seien daher weit mehr als ein Schritt auf dem Weg zur Berufsausübung, sie seien ein Fundament für Qualität, für Menschlichkeit und die Zukunftssicherheit in der psychischen Gesundheitsversorgung.

Als letzte Rednerin ergreift **Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP** das Wort und stimmt zu, dass die mentale Gesundheit ein Themenbereich sei, in dem es dringenden Handlungsbedarf gebe, der sich aber in den vergangenen Jahren sehr entwickelt habe. Allerdings müsse man noch viel mehr auf Prävention und niederschwellige Angebote setzen.

Seit 2014 habe sich in NÖ die Anzahl der Psycholog*innen verdoppelt. Sie würden nicht

nur in der Psychiatrie im Bereich der Diagnostik, Therapie und Rehabilitation eine wichtige Rolle spielen, sondern auch in der Psychosomatik, der Onkologie und palliativbegleitenden Medizin. Der Bedarf würde steigen, daher müssten die Kapazitäten ausgebaut werden. Es dürfe zwischen Diagnostik und Therapie kein Ungleichgewicht geben. Deshalb fordere der Antrag eine fundierte Evaluierung, stärkere Vernetzung und die gemeinsamen Anstrengungen mit dem Bund.

Durch frühzeitige Behandlung könne das Risiko gesenkt, Leid erspart und auch Kosten verringert werden. Daher sei es wichtig, Prävention und Kinder- und Jugendpsychologie zu stärken. Abschließend geht **Abg. Zeidler-Beck** auf die neue nö. Landesausstellung ein mit dem Titel „Wenn die Welt Kopf steht“, wo es darum gehe, das Zusammenspiel von Mensch, Psyche und Gesundheit zu thematisieren, dafür zu sensibilisieren und Verständnis aufzubauen.

Zusatzinformation

[Über 60.000 bei „Mental Health Days“ in Schulen - wien.ORF.at, 04.05.2024](#)

[Mental Health Days – Tage der psychischen Gesundheit, BÖP/Berufsverband Österreichischer Psychologinnen und Psychologen, 2026](#)

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

- Analyse der [Videobeiträge der LT-Sitzung](#)
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[36. Landtagssitzung – 26.03.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen: Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell

[NÖ Landeskorrespondenz Landtag aktuell](#), 26. März 2026

**Nächste Landtagssitzung:
Do 23.04.2026, 13 Uhr,
Leopoldsaal, Haus 1A**

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noel.gv.at/noe/Schluesseleuebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOel_Landtag.html